

FÜR DIE
SELBSTBE

1976-2000

„Das Schlimmste aber, wenn man ein Gefängnis aus unsichtbaren Mauern bewohnt, ist, dass man sich der Schranken nicht bewusst wird, die den Horizont versperren.“

Simone de Beauvoir



Als die GEW Hamburg vor der Spaltung stand

Ende der 1960er/Anfang der 70er Jahre war die GEW nach innen und außen eine diskussionsfreudige aktive Organisation. Zur Polarisierung trugen wesentlich die aus der antiautoritären Schüler- und Studentenbewegung in die GEW strömenden jungen Kolleg_innen bei.

HLZ-Schriftleiter Peter Krup stellte in der HLZ 5/1970 im Leitartikel die Frage: „Streit ohne Ende?“ und er konstatierte, dass die GEW durch ihren Beschluss gezwungen war, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern durchzuführen. Es gab einen Demonstrationzug von 4500 Lehrer_innen und etwa 1000 Schüler_innen am 24. Februar 1970, der vom Rothenbaum bis zum Mönckebergbrunnen viel Aufsehen hervorgerufen hatte. „All diese Zeichen sagen nur

eins: so geht es nicht weiter mit der Bildungspolitik in Hamburg! Es genügt nicht, fortschrittliche Ideen in zaghaften, oft unzulänglich fundierten Versuchen zu erproben, sondern für die erklärte Priorität der Bildung müssen auch die notwendigen Mittel aller Art bereitgestellt werden.“ (HLZ 5/1970, S. 153) Und er erklärte, dass auch die Schülerinnen und Schüler und die Eltern die Zeichen gesehen hätten. In der Zeit vom 23. Februar bis zum 7. März 1970 hätten

sich 600 Kolleginnen und Kollegen als neue GEW-Mitglieder eintragen lassen, dagegen ständen lediglich drei Austritte. Am 5. März 1970 hätten sich 78,7 Prozent der GEW-Mitglieder für einen Warnstreik ausgesprochen. Es ging dabei zentral um „die Durchstufung der Volks- und RealschullehrerInnen von A 12 nach A 13 und für die Studienräte die Durchstufung von A 13 über A 14 nach A 15, verbunden mit Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Senkung der



Fotos: Michael Meyborg

Die Mobilisierung der GEW verstärkte sich nach einer langen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung wie dem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung.

Demonstration am 11.10 1979. Vordere Reihe von links: Gerhard Lein, Peter Daschner, Dietrich Lemke, Anneliese Hoppe (stv. Bundesvorsitzende), Dieter Wunder, rechts dahinter Rainer Griep, Peter Puhle

Klassenfrequenz, eine besser geplante und personell ausgestattete Beobachtungsstufe, mehr Fachräume vor allem für Naturwissenschaften und Sport und eine bessere Ausstattung der Schulen mit technischen Hilfsmitteln wie Overheadprojektoren, Videorecordern oder Sprachlaboren.“ (Ebd.)

Diese Auseinandersetzung wurde von der GEW-Bundesorganisation unterstützt, der GEW-Bundesvorsitzende Erich Frister richtete sich seinerseits schriftlich an den damaligen Schulsenator Wilhelm Drexelius und an die SPD-Landesorganisation.

Die Verbesserungen, die damals erreicht wurden, wie zum Beispiel die A 13-Besoldung der Volks- und Realschullehrer_innen war also durchaus erkämpft worden.

Aufgrund der enorm steigenden Zahlen der geburtenstarken Schüler_innen-Jahrgänge strömten große Mengen junger Lehrerinnen und Lehrer aus den Universitäten in den Schuldienst. Wobei die Inkongruenz der Bildungs- und Einstellungspolitik sich auch darin zeigte, dass zu Anfang der 1970er Jahre die Werbetrommel für eine verstärkte Lehrerausbildung gerührt wurde und der dadurch angeworbene und ausgebildete qualifizierte Nachwuchs nach dem zweiten Staatsexamen nach 1976 zu einem erheblichen Teil in die Arbeitslosigkeit geschickt wurde.

Dieter Wunder neuer Vorsitzender der GEW Hamburg

In der GEW Hamburg, und nicht nur hier, veränderte sich in diesen Jahren die Zusammensetzung der Mitgliedschaft und auch die Formen der Auseinandersetzungen. 1972 wurde erstmalig mit dem 36-jährigen Gymnasiallehrer Dieter Wunder, der gleichzeitig Gründungsdirektor der neuen Gesamtschule Mümmelmannsberg war, ein

ehemaliges Mitglied des SDS zum Vorsitzenden der GEW Hamburg gewählt. Zu diesem Zeitpunkt fanden die Wahlen für den GEW-Landesvorstand im Curio-Haus für alle Mitglieder offen statt. Von den etwa 9.500 Mitgliedern waren rund 10 Prozent der Kolleginnen und Kollegen in das Curio-Haus geströmt und Dieter Wunder erhielt von 882 gültigen Stimmen 554 Stimmen, 240 votierten mit Nein und es gab 88 Enthaltungen. (HLZ 8/1972, S. 275)

Dieter Wunder hatte nach seiner Wahl in einer kurzen Stellungnahme „seine Bereitschaft zur kontinuierlichen Fortsetzung einer Politik betont, wie sie sein Vorgänger Thies Jensen etwa ab Februar dieses Jahres wiederholt formuliert habe, mit einer aktiven Reform-Bildungspolitik in kritischer Distanz zu einem Senat, der nicht entschieden für bildungspolitische Reformen eintrete. Im Hinblick auf die verbandsinterne Arbeit bekannte er sich zu einer ‚Politik der Integration‘ gegenüber konservativen Kollegen, aber auch – bei aller Distanz – zur Suche nach einer Linie, auf der auch Kommunisten und deren Sympathisanten in der GEW für die GEW arbeiten könnten.“ (HLZ 8/1972, S. 273)

Nun beklagten sich auch in Hamburg GEW-Mitglieder darüber, dass GEW-Versammlungen in ihrer Abwesenheit nicht mehr das beschlossen, was sie gerne hätten. Laut Satzung gab es in Hamburg für das oberste Beschlussorgan kein Delegiertenprinzip. Entschieden und gewählt wurde auf den jährlichen Hauptversammlungen.

Dabei hatte es über Jahre nie als Problem gegolten, dass nur besonders aktive Kolleginnen und Kollegen von ihrem Wahl- und Stimmrecht Gebrauch machten. Solange die Ergebnisse stimmten, gab es keinen Grund zur Aufregung. Man war sich weitestgehend einig. Mit einer veränderten Mitgliedschaft,

die politisch anders sozialisiert war, mit Freude an intensiven Debatten, Lust an Stellungnahmen auch zu großen politischen Themen, die nicht unbedingt mit Schule und Bildungspolitik zu tun hatten und den aus den studentischen Vollversammlungen mitgebrachten Geschäftsordnungs-Auseinandersetzungen verlängerten sich die Sitzungen und am Ende entschieden die, die über genügend Zeit und Beharrungsvermögen verfügten.

Darum wurde der Geschäftsführende Landesvorstand aktiv und versuchte, die Satzung zu verändern, die Hauptversammlung abzuschaffen und eine Delegiertenversammlung einzuführen. Natürlich forderte die GEW Hamburg auch bildungspolitische Veränderungen, den Ausbau von Gesamtschulen, eine „Kinder- und jugendfreundliche Stadt“, eine verbesserte Lehrer_innenausbildung und eine angemessene Besoldung. Dafür war die GEW Hamburg mit ihrem Vorsitzenden aktiv und auch erfolgreich. Aber im Fokus stand der Versuch, die Satzung zu verändern. Die Diskussion gab es schon seit 1971 und auch entsprechende Beschlüsse dazu. Nun bedurfte es einer Satzungsänderung und diese war nur mit einer Zweidrittelmehrheit auf einer Hauptversammlung möglich, also mit der Bereitschaft von vielen, die eigene Möglichkeit, direkt mitzuzentscheiden, abzuschaffen. Das gelingt selten.

Der Landesverband der GEW Hamburg bereitete ein entsprechendes Votum über eine Mitgliederbefragung vor: „*Soll die Hauptversammlung durch eine Delegiertenversammlung ersetzt werden?*“ Das Ergebnis war eindeutig: „9558 Befragungsbögen waren am 13.2.1973 versandt worden. Davon kamen bis zum 5. März 5772 zur Geschäftsstelle zurück, das entspricht 60,38 %. Für die Beibehaltung der Hauptversammlung sprachen sich 1302 Mitglieder aus (= 22,68 %). 4439

Mitglieder der GEW fordern durch ihr Votum die Delegiertenversammlung – das sind 77,32 % der abgegebenen Stimmen. 31 Stimmen waren ungültig.“ (HLZ 5/1973, S. 160) Damit schien sich eine zweijährige Diskussion in die gewünschte Richtung zu bewegen, wobei noch nicht klar war, welches Modell für die Delegiertenversammlung vorgeschlagen werden würde.

Delegiertenversammlung statt Hauptversammlung?

Am 26. April 1973 fand dann eine denkwürdige ordentliche Hauptversammlung statt, die „den Rahmen des Gewöhnlichen sprengte“. Sie wurde nicht im Curio-Haus abgehalten, in dem schon zu Zeiten der Novemberrevolution von 2300 Beschäftigten der Lehrerrat gebildet worden war. Nun war der größte Saal im Kongresszentrum Hamburg gemietet worden. Es erschienen „nahezu 4500 Mitglieder, – fast 50 % der gesamten Mitgliedschaft, mehr, als man offensichtlich erwartet hatte. Während die Mängel an der Lautsprecheranlage nicht beseitigt werden konnten, ließ sich das Raumproblem in relativ kurzer Zeit lösen. Etwa eine Stunde nach Veranstaltungsbeginn stand ein weiterer Saal mit 1500 Plätzen zur Verfügung.“ In diesen Raum wurde aus dem großen Saal übertragen. (Bericht von der ordentlichen Hauptversammlung vom 26.4.1973, HLZ 8/1973, S. 284.)

Es wurde eine intensive Veranstaltung, die über fünf Stunden dauerte. Nach dem engagierten Einleitungsreferat von Dieter Wunder gab es eine lange Reihe von Wortmeldungen. Das notwendige Ergebnis wurde allerdings auch nach fünfstündiger Debatte nicht erreicht. Als über den Schluss der Debatte abgestimmt wurde, lagen noch 70 Wortmeldungen vor und eine Vielzahl von Anträgen. Der Versammlungsleiter verkündete

dann am Ende: „Es sind abgegeben worden: Gültige Stimmen 4270. Es sind ungültige Stimmen zehn. Von den Stimmen waren Ja-Stimmen 2774, Nein-Stimmen 1477, Enthaltungen 19 Stimmen. Erforderlich für eine Zweidrittelmehrheit wären gewesen 2847 Stimmen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.“ (HLZ 8/1973, S. 286).

Es fehlten 73 Stimmen für die vom Vorstand vorgeschlagene Satzungsänderung. Damit war nun ein zweijähriger Prozess nicht zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen, Anlass genug, auf die Wortführer der Gegenposition zuzugehen. Dieter Wunder sagte, laut Berichterstatter der Versammlung, sinngemäß: „Bei einem Teil der Kollegen, die gegen die Delegiertenversammlung gesprochen hatten, sei die Argumentation gewesen, nicht eine Hauptversammlung sei richtig, sondern die Hauptversammlung zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Bedingungen abzuschaffen, wäre nicht richtig gewesen. Wir brauchten ein halbes Jahr Zeit, um die Dinge gründlicher diskutieren zu können.“ (Bericht von der ordentlichen Hauptversammlung der GEW Hamburg am 26.4.1973, HLZ 8/1973, S. 286)

In die Debatte griff dann auch der ehemalige GEW-Landesvorsitzende und damalige Landeschulrat, Wolfgang Neckel ein, der eindringlich an die Verantwortung aller GEW-Mitglieder appellierte, die Einheit der GEW Hamburg nicht aufs Spiel zu setzen: „In einem sollten wir uns einig sein: dass wir uns allen, wo immer wir politisch stehen mögen, den größten Schaden zufügen, wenn es uns nicht in dieser politischen Situation unserer Gewerkschaft gelingt, diese Gewerkschaft als starke Einheitsgewerkschaft zu erhalten.“ (Bericht von der ordentlichen Hauptversammlung der GEW Hamburg am 26.4.1973, HLZ 8/1973, S. 287.)

Hier zeigte sich, dass es möglich sein könnte, einen anderen Weg zu gehen als die GEW in Berlin, die sich in dem dortigen parallelen Prozess in zwei Organisationen spaltete; wie auch die Bremer GEW, also beide Stadtstaaten mit einem großen Zustrom von Hochschulabsolventen in diesen Jahren.

Aber es war noch ein steiniger Weg in Hamburg, für den ein halbes Jahr nicht ausreichte. Am Ende konnte eine Spaltung vermieden werden, aber nicht die Abspaltung einer Gruppe von Kolleginnen und Kollegen, die lange Zeit die GEW-Politik in Hamburg maßgeblich mitbestimmt hatte, zu der auch die Hamburger Vertreter im Hauptausschuss der GEW-Bund gehörten, die auf Gewerkschaftstagen zum Teil deutlichen Zuspruch bekommen hatten und die den größten Personalrat in Hamburg, den für Volks-, Real- und Sonderschulen führten: Ursula Koppe und Horst Köster. (Auf dem Kongress Erziehung und Wissenschaft 1974 in Mainz hatte Ursula Koppe in der Gruppe der 8 Frauen für den Hauptausschuss nach Ilse Brusis die zweitmeisten Stimmen erhalten, siehe: HLZ 10/1974, S. 392.)

Satzungsentwurf mit Basisorientierung

Die Auseinandersetzung um die Frage „Hauptversammlung oder Delegiertenprinzip?“ bei der immer wieder das Argument der „Basisorientierung“ in die Diskussion gerückt wurde, war nicht einfach zu führen. Immerhin hatte die Hauptversammlung im Kongress-Zentrum gezeigt, dass diese Art Veranstaltungen mit 4500 Personen, der Hälfte der Hamburger GEW-Mitgliedschaft, kaum sinnvoll zu organisieren und durchzuführen waren. Es galt also, eine sinnvolle Satzungsstruktur zu finden, die den Ansprüchen einer demokratischen Struktur gerecht wurde. Dabei ging es unter anderem



Die neuen Vorsitzenden mobilisieren. Von links nach rechts: Referent Lothar Hüneke, Stv. Vorsitzende Gabriele Teckentrup, Stv. Vorsitzender Peter Daschner, Vorsitzender Dietrich Lemke. Erich Frister, der Bundesvorsitzende, sieht das gelassen, nachdem er eine fulminante Rede im AudiMax gehalten hat. GEW-Streiktag am 13.11.1979

um den Streit, ob Landesvorstandsmitglieder qua Funktion stimmberechtigte Mitglieder einer Landesvertreterversammlung seien, wie die hohe Zahl der pensionierten Kolleginnen und Kollegen repräsentiert wurde und vieles mehr. Es stellte sich nun heraus, dass eine Gruppe jüngerer Kolleginnen und Kollegen sich zusammenfand, die an einem Satzungsentwurf arbeitete. Dabei profilierten sich insbesondere zwei Sozialdemokraten, Dietrich Lemke und Peter Daschner, die in der bisherigen GEW-Arbeit noch keine wichtige Rolle gespielt hatten. Nun rückten sie über die von ihnen eingebrachten Satzungsvorschläge in der Hamburger GEW in den Fokus. *Dietrich Lemke*, 1938 geboren, hatte nach einer kaufmännischen Lehre als Schiffsmakler und Reedereikaufmann gearbeitet, war erst spät in die Lehrerausbildung gewechselt, hatte 1971 das 2. Staatsexamen (VR) absolviert und war an ein Gymnasium ab-

geordnet worden. Während des Referendariats hatte er in der Leitungsgruppe des AjLE der GEW Hamburg gearbeitet und war Mitglied im AjLE-Bundesvorstand. (Kandidaten-Vorstellung HLZ 15/1975, S. 660)

Peter Daschner, Jahrgang 1944, war seit 1971 im Hamburger Schuldienst und GEW-Mitglied, seit 1972 im Vorstand der Fachgruppe Gymnasien und ein Jahr später im Personalrat Gymnasien. (Kandidaten-Vorstellung HLZ 15/1975, S. 661)

Beide waren auch Mitglieder der SPD in Hamburg. Erst in der Auseinandersetzung um die Frage Haupt- oder Delegiertenversammlung konnten sich die beiden öffentlich profilieren. Dieser Prozess hatte sich bis ins Jahr 1975 hingezogen, als eine Hauptversammlung am 22.5.1975 stattfand mit 3700 der über 10.000 Hamburger GEW-Mitglieder. Auch diese konnte nicht im GEW-eigenen Curio-Haus stattfinden, sondern

in der Alsterdorfer Sporthalle. Am Ende stimmten bei 3412 abgegebenen gültigen Stimmen 2627 mit ja für die Fassung, die als ‚Lemke und andere‘ bezeichnet wurde. Damit war die Hauptversammlung abgeschafft und die GEW-Betriebsgruppen waren nun aufgefordert, Delegierte für eine Landesvertreterversammlung zu wählen. Zugestimmt wurde auch dem von Dietrich Lemke und anderen eingebrachten § 1.2 der Satzung, der da lautete: „Der Landesverband ist die für das Land Hamburg zuständige Gliederung der GEW im DGB. Er ist verpflichtet, seine Tätigkeit gemäß den Bestimmungen der Bundessatzung der GEW zu vollziehen.“ (Bericht von der außerordentlichen Hauptversammlung vom 22.5.1975: Abschied von sich selbst, HLZ 9/1975, S. 388 f.)

Am Ende dieses langen Prozesses nahmen Dieter Wunder und der ebenfalls anwesende Bundesvorsitzende Erich Frister



Dietrich Lemke gefällt es

Stellung zu dieser denkwürdigen Hauptversammlung:

„Wunder äußerte sich sichtlich erleichtert über das erreichte Ergebnis. Trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten habe man in der Satzungsfrage einen tragbaren Kompromiss gefunden und sei dadurch einen wichtigen Schritt vorangekommen.

Frister stellte abschließend fest: erstens sei das Ziel des Vorstandes erreicht worden, nämlich die Hauptversammlung durch die Landesvertreterversammlung zu ersetzen und zweitens sei sichergestellt, dass die Satzung von GEW-Bund auch uneingeschränkt für den Landesverband Gültigkeit habe. Unter dem Beifall der sich schon in großer Zahl im Aufbruch befindlichen Versammlungsteilnehmer_innen hob Frister die Nehmerqualitäten und das Durchhaltevermögen des Kollegen Wunder hervor. Wunders Verdienst sei es, trotz der schwierigen inhaltlichen Lage ‚nicht kapituliert‘ und damit die Spaltung der GEW Hamburg verhindert zu haben.“ (HLZ 9/1975, S. 389.)

Dietrich Lemke erinnerte:

„Die Mehrheitsverhältnisse hatten sich schon auf der großen Hauptversammlung in der Alsterdorfer Sporthalle verändert, als es um die Satzung ging und wir in jedem einzelnen Paragraphen eine Alternative anzubieten hatten und dafür auch in die Bütt

gingen, wodurch wir für die breite Mitgliedschaft bekannt geworden sind. Die meisten kannten uns vorher gar nicht, weil wir davor keine besonderen Funktionen im GEW-Landesverband eingenommen hatten. Jede einzelne Satzungsabstimmung war somit auch immer eine persönliche Abstimmung gewesen.“ (Gespräch mit Dietrich Lemke und Peter Daschner am 17.9.2019)

Und Peter Daschner ergänzte: „Der Witz ist dabei ja, dass wir dann selbst später die Satzungsänderung, nämlich in Richtung Delegiertenversammlung zu gehen, einbrachten und dafür auch eine Mehrheit fanden. Wir wollten ja nicht, dass wir uns selber mit einer Satzung aus der GEW-Bundesorganisation und aus dem DGB ausschließen. Aber wir machten natürlich auf unsere Weise mit.“ (Ebd.)

Damit war dann auch eine Vorentscheidung dafür getroffen, dass Dietrich Lemke als Nachfolger von Dieter Wunder als 1. Vorsitzender der GEW Hamburg kandidieren würde und Peter Daschner als 4. Vorsitzender. (Es gab damals drei stellvertretende Vorsitzende). Sie traten an gegen Vertreter einer konservativen sozialdemokratischen Linie, die bisher im Landesvorstand der GEW Hamburg die Mehrheit hatte. Die Modalitäten für die Wahlen zur Landesvertreterversammlung wurden zwischenzeit-

lich am 12. Juni 1975 in einer außerordentlichen Vertrauensleuteversammlung beschlossen, „die von 9 bis 17 Uhr dauerte, zum Teil mit großer Leidenschaft und Heftigkeit geführt wurde und schon wegen der Hitze zu einer ziemlichen Strapaze wurde.“ (Bericht von der Vertrauensleuteversammlung vom 12.6.1975, in: HLZ 11/12 1975, S. 498.)

Auf dieser Versammlung zeigte sich, dass die von der Gruppe um Dietrich Lemke eingebrachten Vorschläge eine knappe Mehrheit fanden. Mitglieder des Landesvorstandes sollten keine „geborenen Delegierten“ sein, das Mandat wurde für ein Jahr vergeben, die Pensionär_innen wurden wie andere Betriebsgruppen behandelt und bekamen pro 20 Personen ein Delegiertenmandat, was ihnen einen erheblichen Anteil der Delegierten sicherte, nämlich fast 100.

Die neu konstituierte Landesvertreterversammlung in Hamburg konnte nicht alle Fragen und Themen in einer Sitzung behandeln, lösen und entscheidende Wahlen abhalten. Sie musste im Abstand von zwei Monaten zweimal zusammenkommen und fand ein außergewöhnlich großes öffentliches Interesse.

Die erste Landesvertreterversammlung

Am 22.9.1975 begann die erste zweitägige Landesvertreterversammlung in der Geschichte der Hamburger GEW. Etwa 700 der annähernd 760 Hamburger Landesvertreter_innen trafen sich „an einem Montag von 9 Uhr bis 18 Uhr und an einem Dienstag von 17 Uhr bis 22 Uhr mit elf der zwölf Punkte umfassenden Tagesordnung. Nach 13 Stunden – die einstündige Mittagspause nicht mitgerechnet – zum Teil recht lebhafter und kontroverser Debatte waren ca. 70 Redner_innen etwa 220 mal zu Wort gekommen und zahlreiche Beschlüsse gefasst. Fazit:

Die Lage ist (sehr) ernst, aber nicht (ganz) hoffnungslos.“ (Bericht von der Landesvertreterversammlung vom 22./23.9.1975, HLZ 17/1975, S. 767.)

Der scheidende 1. Vorsitzende der Hamburger GEW, Dieter Wunder, rief die Delegierten in seiner Eröffnungsrede dazu auf, „das Verhältnis der GEW Hamburg zur GEW Bund unmissverständlich zu regeln und die Satzungsprobleme zu nachgeordneten Problemen zu machen“. Anschließend sprach der Bundesvorsitzende Erich Frister und „informierte die Versammlung darüber, dass 85.000 Mitglieder in den meisten Landesverbänden die Bundessatzung schon ratifiziert hätten und für ein negatives Votum der Hamburger Delegierten ‚kein Verständnis hätten‘. Er bezeichnete die Anerkennung des Vorrangs der Bundessatzung als einen ‚Beitrag zur Glaubwürdigkeit unseres Transformationsprozesses‘ von einer Standesorganisation zur DGB-Gewerkschaft. Darüber hinaus habe sich die GEW dieser ‚Glaubwürdigkeit als Kampfinstrument‘ zu bedienen, wenn die Bevölkerung für die Ziele der GEW überzeugt werden sollte.“ (Bericht von der Landesvertreterversammlung vom 22./23.9.1975, HLZ 17/1975, S. 768)

Es lagen der Landesvertreterversammlung verschiedene Anträge vor, die die Anpassung an die Bundessatzung ermöglichen sollten. Keiner der Anträge erhielt die notwendige Zweidrittelmehrheit. In der HLZ wurde vermerkt:

„Gegenüber den anwesenden Pressevertretern erklärte Frister nach der Abstimmung, für den Hauptvorstand der GEW gebe es jetzt die Möglichkeit, dem Hamburger Landesverband eine ‚Nachfrist‘ einzuräumen oder ihn aus der Bundes-GEW und damit aus dem DGB auszuschließen. Er hoffe aber, dass bis zum Jahresschluss in Hamburg ‚Besinnung‘

einkehre“. (Bericht von der Landesvertreterversammlung vom 22./23.9.1975, HLZ 17/1975, S. 770)

Das war eine ernstzunehmende Drohung. Im Weiteren wurde dann Dietrich Lemke gegen seinen Gegenkandidaten Jörn Norden mit 370 Stimmen gegen 277 Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

Lemke hatte sich zuvor für eine „Öffnung nach links, und zwar auch in der Personalpolitik“ ausgesprochen. Sein Ziel sei es, „in der Mitgliedschaft eine Kampfbereitschaft zu erzeugen, um Druck auf Entscheidungsträger auszuüben“, anders als sein Gegenkandidat, der „primär auf Kontakte, Gespräche und Verhandlungen setze. Jede Politik müsse vom Willen der Mitglieder getragen sein.“ (Ebd.)

Sein Gegenkandidat bot nach der Entscheidung weiter an, gemeinsam mit Dietrich Lemke über die Frage der Satzung zu sprechen und die Kollegen aufzufordern, in der GEW zu bleiben.

Im Weiteren setzte sich dann Peter Daschner mit 366 Stimmen als 4. Vorsitzender durch gegen einen Gegenkandidaten, der 297 Stimmen erhielt.

Am Ende wählte die Landesvertreterversammlung Dieter Wunder mit großer Mehrheit als Vertreter der Hamburger GEW in den Hauptausschuss der GEW-Bund. Zum Abschluss wurde Dieter Wunder der Dank der LVV für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

Einen Tag nach der Wahl zum Hamburger GEW-Landesvorsitzenden bekam Dietrich Lemke ein Schreiben von Erich Frister, in dem dieser darauf hinwies, dass die LVV nicht, wie von der außerordentlichen Vertreterversammlung der GEW-Bund am 8. März 1975 in Köln gefordert, den Vorrang der Bundes-Satzung gegenüber der Landessatzung beschlossen habe. Dies sei nachzuzuholen. Das Schreiben war nicht

unfreundlich, aber deutlich, wies auf die anderen Landesverbände hin, die dieses schon vollzogen hätten und gab auch einige Formulierungshilfen. Sollte Hamburg sich nicht eindeutig äußern, wäre die Konsequenz das Ausscheiden der GEW Hamburg aus der Bundesorganisation. (Schreiben von Erich Frister an Dietrich Lemke vom 24.9.1975, HLZ 16/1975, S. 713.)

Im neuen Landesvorstand wurde eine Kommission gebildet, der alle Richtungen in der Hamburger GEW angehörten sowie Dietrich Lemke und Dieter Wunder, die dann einen Vorschlag vorlegten. (HLZ 18/1975, S. 822 f.)

Dietrich Lemke erläuterte, „dass die Aufgabe der Kommission darin bestand, Regelungen zu suchen, die folgende Forderungen erfüllen:

- Dem Landesverband muss der in einer demokratischen Organisation notwendige Spielraum belassen bleiben.

- Die mit den Beschlüssen der Hauptversammlung vom 22. Mai 1975 eingegangenen Verpflichtungen müssen erfüllt werden.

- Dem Beschluss der Bundesvertreterversammlung von Köln zur Frage des Vorrangs der Bundessatzung muss entsprochen werden.“

Unverzichtbare Positionen blieben für Dietrich Lemke:

- „Es darf kein ‚Hineinregieren‘ in die Angelegenheiten des Landesverbandes geben, d.h. Kompetenzen sind abzugrenzen.

- Organe des Landesverbandes müssen durch Wahl besetzt werden, d.h. kein Bundessgremium darf befugt sein, Mitglieder des Landesverbandes ihrer Funktion zu entheben, auch nicht bei unbequemen Mehrheitsverhältnissen.

- Vermögen und Beiträge müssen vom Landesverband verwaltet werden. Andernfalls ließe sich jede Aktivität durch Mittelentzug lahmlegen.

- Pauschale Ausschlussver-

fahren nach §8 (4d) der Bundes-satzung (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) sind zu revidieren.

- Über eine Auflösung des Landesverbandes kann nur die LVV entsprechend unserer Satzung mit einer Dreiviertelmehrheit entscheiden.“

(Dietrich Lemke: Satzungsprobleme lösen – GEW Hamburg stärken, HLZ 18/1975, S. 820f.)

Die 5er-Kommission unterstützte diese Punkte und bereitete konkrete Vorschläge vor, die am 24.10.1975 in einem Gespräch der Bundes-GEW-Spitze vorgestellt wurden. Aus Hamburg nahmen an dem Gespräch Dietrich Lemke, Dieter Wunder und Karl Schmitz teil, der sich als Vertreter der Basisinteressen verstand.

„Die Delegation kehrte mit einem positiven Ergebnis zurück. Trotz vieler Einwände von Bundesseite steht heute fest: Bei Annahme des folgenden Antragspaketes ist der Verbleib des Landesverbandes in der Bundesorganisation abgesichert.“ (Ebd.)

Drei Klarstellungen sollten der Landesvertreterversammlung vorgelegt werden:

- „Ein Eingreifen von Hauptvorstand oder Hauptausschuss in die Zuständigkeiten eines Landesverbandes ist nicht zulässig.

- Die GEW, Landesverband Hamburg, verwaltet ihr Eigentum und ihren Beitragsanteil selbst. Die GEW, Landesverband Hamburg, bestellt die in der Satzung der GEW, Landesverband Hamburg, vorgesehenen Organe oder Mitglieder von Organen sowie die Landesschiedskommission selbstständig.

- Anträge auf Ausschluss von Mitgliedern der GEW im Landesverband Hamburg der GEW nach § 8, 4d der Satzung der GEW werden von einer von der LVV zu wählenden Fünfer-Kommission vorbereitet. Diese Kommission prüft jeden Einzelfall.“

Satzungsstreit beendet

Mit diesem gut vorbereiteten und mit Erich Frister und der GEW-Bundesspitze abgestimmten Vorgehen fand die Fortsetzung der Landesvertreterversammlung am 26.11.1975 statt. „Nach einer recht zügig und von allen Beteiligten mit erfreulicher Disziplin geführten Debatte, beschloss die LVV im großen Saal des Curio-Haus mit 539 Stimmen der etwa 680 anwesenden Landesvertreter eine entsprechende Satzungsänderung.“ (Bericht von der Landesvertreterversammlung (II) vom 26.11.1975, HLZ 20/1975, S. 909.)

Damit hatte es der Landesverband Hamburg geschafft, einen anderen Weg zu gehen als Berlin. Dietrich Lemke erklärte anschließend: „Wir sollten das Interesse aller unserer Mitglieder berücksichtigen bei unserer Entscheidung und niemand kann doch im Ernst meinen, dass ein Hamburger Landesverband außerhalb des DGB wirksam die Interessen der Mitglieder vertreten könnte.“ (Bericht von der Landesvertreterversammlung (II) vom 26.11.1975, HLZ 20/1975, S. 910)

Auch Dieter Wunder hatte für die Annahme dieses Kompromisses geworben. Er ging in seiner Stellungnahme auch auf den Satzungsstreit der letzten einhalb Jahre ein. „Dieser Satzungsstreit habe die Politik der GEW ‚außerordentlich stark behindert‘. Man müsse sich sogar fragen, ob die Rolle, die die GEW zur Zeit bildungspolitisch in Hamburg spiele, nicht zum Teil das Ergebnis dessen sei, ‚was wir uns intern mit diesem Satzungsstreit geleistet haben‘.“ (Ebd.)

Öffnung nach links

Die von Dietrich Lemke angekündigte „Öffnung nach links“ fand dann auch bei einer anderen Wahlentscheidung in dieser Landesvertreterversammlung statt. Bei der Nachwahl des 1.

Schriftführers für den Geschäftsführenden Landesvorstand setzte sich der bisherige Vorsitzende der Fachgruppe Gymnasien, Thomas Erdner, gegen den Mitkandidaten Peter Struck mit 345 zu 274 Stimmen durch. (Bericht von der Landesvertreterversammlung (II) vom 26.11.1975, HLZ 20/1975, S. 912.)

Das war insofern brisant, als der Hamburger Senat gerade gegen Erdner ein Berufsverbotsverfahren initiiert hatte. Dieter Wunder hatte dazu am 22.9.1975 in seinem Bericht als 1. Vorsitzender eindeutig Stellung bezogen:

„Anhaltenden Beifall erhielt Wunder, als er die Praxis des Hamburger Senats bei der Anwendung des Ministerpräsidentenbeschlusses verurteilte. In seiner Kritik würdigte er ausdrücklich die gewerkschaftliche Arbeit von Thomas Erdner, der aufgrund seiner DKP-Mitgliedschaft nicht in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen werden soll. Ein Verstoß gegen die Verfassung könne Erdner nicht nachgewiesen werden, und der Senat mache sich mit dieser ‚bedrückenden Entscheidung‘ ungläubwürdig. Trotz dieser unmissverständlichen Haltung Erdner gegenüber, die manchmal zu Missdeutung oder zu Missbrauch führen könnte, entsprach es nicht den Intentionen Wunders, über die DKP ein positives Urteil zu fällen. Die vordringliche Aufgabe sähe die GEW in diesem Falle darin, auf die Erweiterung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats zu drängen. Dieser Staat zeige seine Bewährung darin, ‚wenn er aus dem Selbstbewusstsein eines demokratischen Staates jeden geeigneten Bewerber in seinen Dienst aufnimmt‘, außer wenn ihm ein konkreter Verstoß gegen die Verfassung nachzuweisen sei. Es gelte, die Probleme des Ministerpräsidentenbeschlusses offensiv anzugehen.“ (HLZ 17/1975, S. 768.)

Das hatte Dieter Wunder noch in Anwesenheit von Erich Frister vorgetragen.

Nach dieser LVV war erst einmal das Satzungsverhältnis zwischen der GEW Bund und dem Landesverband Hamburg geklärt. Aber damit war die Auseinandersetzung im Landesverband nicht beendet. Die Zahl derjenigen, die aus den Universitäten und der Lehrerausbildung in die GEW eintraten, stieg erheblich an. Das wirkte sich bei allen Wahlen auf allen Ebenen aus. Galt der Ausschuss junger Lehrer und Erzieher (AjLE) bei der Auseinandersetzung um die Hauptversammlung als das Eldorado und der Tummelplatz für Mitglieder der K-Gruppen, so wurde am 18.11.1974 von knapp 500 GEW-Mitgliedern ein neuer Junglehrerausschuss gewählt. Der Hamburger Landesvorsitzende Dieter Wunder fungierte als Versammlungsleiter. Die Redaktionsleiterin der HLZ, Monika Bistram, schrieb einen Bericht, in dem sie die Gruppe, die bei der abschließenden Wahl deutlich die meisten Stimmen erhielt, als „in der Mehrheit aus Jusos bestehend“ bezeichnete. (Monika Bistram: Neuer AjLE gewählt, HLZ, 19/1974, S. 705)

Eklat bei Personalratsliste VR

Zum Eklat kam es dann, als in der größten Fachgruppe Volks- und Realschulen mit über 6000 Mitgliedern bei der Aufstellung der GEW-Liste für die Personalratswahl die auf Nummer 1 vorgesehene langjährige Personalratsvorsitzende Ursula Koppe ohne Gegenkandidatin nicht gewählt wurde.

Daraufhin zogen alle Personen, die zur vormaligen Mehrheitsgruppe in der GEW Hamburg gehörten, ihre Kandidatur zurück. Auf einer späteren Fachgruppenversammlung wurden neue Kandidat_innen gewählt und die Gruppe um Ursula Koppe bildete ihrerseits eine neue Liste von bisherigen GEW-

Mitgliedern. Das konnte auch durch Vermittlungsversuche von Dietrich Lemke nicht verändert werden.

Zu dieser Gruppe gehörte auch die verantwortliche Schriftleiterin der HLZ, Monika Bistram, die am 17.4.1976 ihren Rücktritt von dieser Funktion erklärte. Als Argumente nannte sie die Listenaufstellung zu den Personalratswahlen und die zunehmende Einflussnahme des neuen 1. Vorsitzenden oder des Vorstandes auf die Arbeit der HLZ-Redaktion. (Monika Bistram: In eigener Sache, HLZ 7/1976, S. 266.) Ihre politischen Freund_innen, die eine Erklärung des Bedauerns zu ihrem Rücktritt abgaben, stellten fest: „Wer von Freunden den Spitznamen ‚Schroffi‘ erhält, wird darum wissen, dass die Behandlung anderer nicht eben zu seinen unbedingten Stärken gehört. Wenn Schwierigkeiten auf diesem Feld zeitweilig überhandnahmen, die vielen gar nicht schroffen Seiten Bistrams überdeckten, so war dies aber immer auch Ergebnis des ungeheuren Stresses und der zunehmenden Belastung, die mit dem Amt des Schriftleiters verbunden sind. Zu wenige machen sich davon eine realistische Vorstellung.“ Nun denn. Bei Trennungen gibt es immer zwei Sichten.

Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass Monika Bistram ein sehr gutes Verhältnis zu Erich Frister pflegte. Schon nicht mehr Mitglied der GEW gab sie 1978 unter dem Titel „Die Jahre der Hoffnung. Gesellschaft – Bildung. Gewerkschaften in der Reformperiode. Dargestellt an Texten von Erich Frister“ heraus. („Die Jahre der Hoffnung. Gesellschaft-Bildung. Gewerkschaften der Reformperiode, dargestellt an Texten von Erich Frister durch Monika Bistram, Köln-Frankfurt am Main 1978.)

Erich Frister nun schrieb an Ursula Koppe und ihre Mitstreiter_innen am 19.3.1976, wies darauf hin, dass sich auch der

Hauptausschuss der GEW bemüht habe, Empfehlungen für eine repräsentative und attraktive GEW-Liste zu geben, was sich nicht verwirklichen ließ. „Dies kann man bedauern, es ändert aber nichts an der Tatsache, dass die GEW-Liste für die Wahl zum Personalrat der Volks-, Real- und Sonderschulen verfahrensmäßig korrekt und demokratisch legitimiert zustande gekommen ist. Diejenigen GEW-Mitglieder, die sich für eine andere Zusammensetzung der GEW-Liste engagiert haben, sind sowohl in den einberufenen Fachgruppenversammlungen als auch im Landesvorstand in der Minderheit geblieben.“ (Erich Frister in einem Schreiben vom 19.3.1976, abgedruckt in: HLZ 17/1976, S. 271.)

Frister wies darauf hin, dass sich Ursula Koppe und ihre Gruppe „außerhalb der gewerkschaftlichen Disziplin und Solidarität bewegen und dass, auch nach einmütiger Auffassung des Hauptausschusses, ein solches Verhalten als gewerkschaftsschädigend gewertet werden muss. (Ebenda, S. 271 f.)

Auch Dieter Wunder schrieb einen Offenen Brief an die Kollegin Koppe und ihre Mitstreiter_innen, in dem es hieß:

„Sie bieten bei den Personalratswahlen eine ‚Alternative‘ zur GEW-Liste an. Ich kenne und schätze Sie aus langjähriger Zusammenarbeit; umso mehr bin ich von Ihrem Verhalten betroffen. Sie geben eine Scheinalternative, die niemandem hilft. Sie mögen viele Einwände gegen die GEW-Liste haben, Sie mögen auf mangelnde Kompromissbereitschaft – allerdings auf allen Seiten – bei der Erstellung der GEW-Liste hinweisen – dies gibt aber keinen vernünftigen Grund, eine Liste gegen die GEW zu schaffen. Sie handeln gegen die Beschlüsse aller zuständigen Gremien der GEW. Damit schießt Ihre Kritik an der GEW-Liste über das vertretbare



Drei Jahre später, 1979, sah auch GEW-Bundesvorsitzender Erich Frister, dass die GEW-Hamburg den richtigen Weg gegangen war.

Maß hinaus; weder ist Ihre Personalratsarbeit so sehr über jede Kritik erhaben noch die Liste der GEW so einseitig, dass Ihr Schritt zu rechtfertigen wäre.“ (Dieter Wunder: Offener Brief an die Kollegen Koppe und den Kollegen Depenau, abgedruckt in: HLZ 8/1976, S. 323.)

Dieter Wunder ergänzte noch: „Die GEW-Liste spiegelt die tatsächliche Meinungsvielfalt unserer Gewerkschaft wider. Sie ermöglicht Kontinuität der Arbeit und personelle Erneuerung. Auch ich hätte es begrüßt, wenn auf ihr keine DKP-Kollegen an aussichtsreicher Stelle stünden; aber weder ist Ihr Vorwurf kommunistischer Steuerung gerechtfertigt – das wissen Sie auch selbst – noch können Sie die Tatsache hinwegwischen, dass auch diese Kollegen von nicht wenigen GEW-Mitgliedern aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Arbeit als Repräsentanten anerkannt werden. Indem Sie sich gegen Ihre Gewerkschaft wenden, dämpfen Sie den kommunistischen Einfluss jedenfalls nicht ein.“ (Ebd.)

Bei den Personalratswahlen im Mai 1976 konnte die GEW ihren hohen Stimmenanteil im Bereich der Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen halten,

im gymnasialen Bereich ausweiten. Im Bereich der Volks-, Real- und Sonderschulen erreichte die GEW zwölf Sitze, die „Alternative“ zehn Sitze und der Deutsche Lehrerverband (DL) zwei Sitze. Somit wurde Ursula Koppe durch das Zusammengehen mit dem DL wieder Personalratsvorsitzende, allerdings zum letzten Mal. (HLZ 13/1976, S. 474) Später verschmolzen beide Gruppierungen und verloren immer weiter an Bedeutung. Bei den Lehrerkammer-Wahlen 1977 erreichten der DL und die sogenannte Alternative zum letzten Mal zusammen eine Mehrheit. (HLZ 16/1977, S. 3)

Nachbemerkung:

Worum ging es in dieser Zeit? Wie äußerte sich die Auseinandersetzung zwischen den Generationen, welche Möglichkeit bestand, integrierend zu wirken?

Ein Mitglied der HLZ-Redaktion aus der Zeit von Monika Bistram schrieb auch nach ihrem Rücktritt weiter für die HLZ. Karlheinz Lutzmann, geboren 1937, persönlich umgänglich und intellektuell, mitunter ironisch, einige pädagogische Aufsätze vorweisend, Experte in sexualpädagogischen Fragen. Er kommentierte die miterleb-

ten Auseinandersetzungen in der Hamburger GEW. Überhöhte aus meiner Sicht die reale Bedeutung der K-Gruppen, deren Mitglieder in der Hamburger GEW zwar wortgewaltig, aber ohne nennenswerten Einfluss waren. Es waren zumeist junge und wortgewaltige Personen, die aus der Universität kamen, wo sie gegenüber dem Bündnis aus dem MSB Spartakus und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) zumindest in Hamburg stets in der Minderheit waren. Lutzmann bezeichnete diese Strömung als „eine Art Teenager-Ethnozentrismus“, die „alle jene Kollegen, die Kontinuität für ein bewährtes Mittel gewerkschaftlicher Politik halten, aus allen wichtigen Funktionen hinausgrault. Dass politischer Konsens auf der Basis von Kompromissen nichts mehr zählt, lassen die linken Ethnozentriker vor allem jene Sozialdemokraten wissen, die sich noch um Kompromisse bemühen. Konfrontation statt Integration – und das um jeden Preis – ist also die Parole, unter der die Diadochenkämpfe ablaufen. So werden Zug um Zug Machtpositionen erobert, die, sobald man sie hat, keine mehr sind. Sie werden häufig im Handumdrehen entwertet, weil sie allein aus politischer Überzeugung und nicht aufgrund nennenswerter Qualifikation okkupiert werden. So endet für viele Ethnozentriker der ‚lange Marsch‘ unversehens in einer Sackgasse.“ (Karlheinz Lutzmann: Pressenotizen mitten im Chaos, (HLZ 9/1976, S. 358)

Als ein Beispiel für seine These nannte er die Kandidatur von einem Kollegen (Karl Fisher) für die von Monika Bistram freige-machte Schriftleiter-Funktion der HLZ-Redaktion. Diesem Kollegen bescheinigte er, „nicht nur ein Neuling im Schuldienst“ zu sein, „er hat auch keine journalistischen Etiketten vorzuweisen. Seine Kandidatur, egal von wem sie favorisiert wird, ist ein personalpolitisches Armutzeug-

nis“.(HLZ 9/1976, S. 358f.)

Der Witz der Geschichte bestand darin, dass der von Dietrich Lenke favorisierte Karl Fisher am Ende nicht kandidierte, aber in der nächsten HLZ-Redaktion stellvertretender Schriftleiter wurde. Auf der kommenden Landesvertreterversammlung am 8.11.1976 kandidierte nun der scharfzüngige Karlheinz Lutzmann, selbst ohne große „journalistische Etiketten“, mit Ausnahme seiner bisherigen Redaktionszugehörigkeit und der Veröffentlichung einiger pädagogischer Aufsätze. Als Kandidat präsentierte sich gegen ihn ein Kollege, Udo Hergenröder, ein ausgewiesener langjähriger Redakteur, der angeben konnte, „leitender Redakteur beim Wirtschaftsmagazin ‚Capital‘, geschäftsführender Redakteur beim ‚Manager-Magazin‘ des Spiegel-Verlages und schließlich Redakteur bei ‚Konkret‘ gewesen zu sein. Der war nach seiner Journalistentätigkeit und vorliegendem Diplom als Elektroingenieur nach dreijähriger Tätigkeit an der Hochschule, bei AEG und Siemens in den pädagogischen Bereich gewechselt, hatte das Referendariat absolviert und war nunmehr seit 1975 „Lehrer für Technologie und Mathematik an einer Gewerbeschule für Energietechnik“. Was für eine Konstellation!

Der Clou bei der Geschichte war Udo Hergenröders damalige Mitgliedschaft in der DKP. Hergenröder wurde bei vier Kandidaten im zweiten Wahlgang mit deutlicher absoluter Mehrheit gewählt. (Bericht von der ordentlichen Landesvertreterversammlung, 8.11.1976, Klares Votum: Bildung nach vorn, HLZ 19/1976, S. 732ff.)

Man könnte sagen: Manchmal ist in einer Geschichte mehr drin, als man von außen vermutet. Und diese Geschichte mit ihrer Pointe wäre an dieser Stelle gar nicht erwähnt worden, hätte sie nicht ein überregionales Nach-

spiel gehabt.

Karlheinz Lutzmann, nunmehr ohne Funktion in der GEW, wurde ein wichtiger Kronzeuge für „den Radikalen-Konflikt in der Lehrer-Gewerkschaft“. Im SPIEGEL 16/1977 schrieb er als „GEW-Mitglied Karlheinz Lutzmann“ einen ausführlichen Artikel unter der Überschrift „Härte, Hektik, Volksfront“. Damit sollte die Frage beantwortet werden: „Ist die Einheitsgewerkschaft, Kern westdeutscher Arbeitnehmer-Ideologie, von Extremisten bedroht?“. Im Vorspann wurde behauptet, dass diese Frage sich stelle, „seit in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft linke Lehrer auf

dem Weg zur Macht sind. GEW-Mitglied Karlheinz Lutzmann analysiert den bislang größten Infiltrationserfolg kommunistischer Gruppen.“ (Karlheinz Lutzmann: Härte, Hektik, Volksfront, DER SPIEGEL 16/1977 vom 11.4.1977)

Lutzmann, gefrustet von seinem persönlichen Scheitern, bot ein Sammelsurium von Halbwahrheiten und Deutungen an. Er begann mit Zitaten aus der „Frankfurter Rundschau“, in der von einem „denkwürdigen Akt“ und „absurdem Spektakel“ gesprochen wurde, weil zum ersten Mal „ein Landesverband aus der Gewerkschaft und dem Deutschen Gewerkschaftsbund

HAMBURGER LEHRERZEITUNG C 3428 DX
Zeitschrift für Schul- und Sozialpädagogen

5000 Lehrer
protestierten am 13. 11. 79 in Hamburg
mit einer zweistündigen Arbeitsniederlegung
gegen zu lange Arbeitszeit.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hamburg 24. November 1979 14

fliegt“. (Lutzmann, SPIEGEL 16/1977, S. 52)

Lutzmann behauptete, die GEW Berlin mit 13.000 Mitglieder, „die Ausgebooteten“ hätten „die Partnerschaft mit dem DGB mit allen Mitteln zu sabotieren versucht. Wie berichtet ein Nachrichtenmagazin wie der „SPIEGEL“? „Jahrelang hatten die Sektierer – oft miteinander, ebenso oft gegeneinander – sich darum bemüht, den Machtap-

parat ihrer ‚bürgerlichen Gewerkschaft‘ zu erobern. Erreicht haben sie schließlich nur die totale Liquidierung. Nach etlichen Rechtszügen um eine einstweilige Verfügung, mit der die Choten eine GEW-Neugründung in der geteilten Stadt zu verhindern suchten, gab Ende Januar das Berliner Kammergericht den Weg frei zu einer bereinigten Lehrer-Organisation.“ (Ebd.)

Und dann wurden Behauptun-

gen aufgestellt über die GEW Bremen, „wo nur die Gründung eines separaten Ortsvereins innerhalb der GEW verhinderte, dass mehrere hundert Gewerkschaftsmitglieder austraten – die Linksextremen waren ihnen zu stark geworden“. (Ebd.)

Von Hamburg aus konstatierte Lutzmann, dass nach der Vorsitzenden-Wahl des „linken Sozialdemokraten Dietrich Lemke“ sowohl in Berlin „binnen kurzem



Kommunisten eine Reihe wichtiger Vorstandsämter eroberten und so im Zentrum des gewerkschaftlichen Machtapparat eine Politik betreiben konnten, die sich vehement gegen das klassische Gewerkschaftsverständnis des DGB richtete.“ In Hamburg „begünstigte das Linksbewusstsein des Vorsitzenden Lemke die Kommunisten so stark, dass sie innerhalb eines Jahres im etwa 40-köpfigen Gewerkschaftsvor-

stand ein gutes Dutzend wichtiger Ämter besetzen konnten. In Berlin verlief der Vormarsch auf einer noch breiteren Front.“ (Ebd.)

Aussagen, die durch die Realität nicht bestätigt wurden. Das Szenario musste im „SPIEGEL“ aufgebaut werden, auch, um plausibel zu machen:

„Diese Volksfrontgefahr aber erklärt Härte und Hektik, mit der die GEW und ihr Vorsitzen-

der Frister gegen die aufsässigen Hauptstädter zu Felde zogen.“ (Ebd.)

Mit einem mehr als zweifelhaften Ergebnis, wie sich anhand des Landesverbands Berlin gezeigt hatte.

(Dies ist ein bearbeiteter Auszug aus:
HANS-PETER DE LORENT:
ERICH FRISTER, Biografie des
Vorsitzenden der GEW 1968-1981,
BeltzJuventa 2021)

